



Die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf die Verbandsarbeit

1. **Verbandstag vom 31. Mai bis 1. Juni 1930 in Aachen** 63
2. **Der Rheinische Verband positioniert sich gegen den Nationalsozialismus** 64
3. **Verbandsausschuss-Sitzung und Geschäftsführerbesprechung am 2. November 1930 in Köln auf Erklärungssuche zum Erstarken der NSDAP** 66
4. **Verbandstag am 5. Juli 1931 in Krefeld, im Zeichen der Krise des städtischen Hausbesitzes** 66
5. **Der rheinische Haus- und Grundbesitz nimmt zur Notverordnung Stellung** 68
6. **Tod von Dr. Franz Jörissen am 22. März 1932 und Übernahme der Verbandsgeschäftsführung durch Dr. Carl Hesberg am 1. April 1932** 68
7. **Verbandstag am 28. und 29. Mai 1932 in Boppard zu den gesetzgeberischen Auswirkungen infolge der Wirtschaftskrise** 70
8. **Kundgebung im Kampf um die Individualwirtschaft am 22. Januar 1933 als Zeichen gegen die nationalsozialistische Ideologie** 72



1 Verbandstag vom 31. Mai bis 1. Juni 1930 in Aachen

Anlässlich des 50-jährigen Jubiläums des Aachener Vereins wurde der 15. Verbandstag vom 31. Mai bis zum 1. Juni 1930 im Städtischen Konzerthaus (Komphausbadstraße) in Aachen durchgeführt.¹ Aus allen Teilen der Rheinprovinz hatten sich die Vereinsdelegierten zahlreich in Aachen eingefunden.²

Im Anschluss an die Vorstandssitzung am Samstag, 31. Mai, um 14 Uhr begann um 15.30 Uhr die ordentliche Hauptversammlung. Auf der Tagesordnung standen die üblichen Tagesordnungspunkte. Oberster Leitgedanke aller Verbandsarbeit war bisher und auch weiterhin die Erhaltung des Privateigentums. In der Mitgliederversammlung nahm der Verbandsvorsitzende Hoemann Stellung gegen die fortgesetzte Erhöhung der Reallasten. Er führte aus, dass das letzte Geschäftsjahr im Zeichen einer sich ständig verschärfenden Wirtschaftskrise gestanden hätte, die zu einem nicht geringen Teil zurückzuführen war auf die ungeheure steuerliche Belastung der deutschen Wirtschaft.³ Er gab erneut der Forderung des Haus- und Grundbesitzes Ausdruck, durch Ausgaben-Abbau, für den er anhand von vielen Beispielen grenzenloser Verwendung mannigfaltige Möglichkeiten anführte, die Steuerlast auf ein erträgliches Maß herabzusetzen.

Auf der Versammlung wurden die satzungsgemäß ausscheidenden Vorstandsmitglieder einstimmig wiedergewählt: Rechtsanwalt Bungert aus Bonn, Rechtsanwalt Dahlbender aus Duisburg, Architekt Flabb aus Solingen, Kaufmann Verhoeven aus Kleve und Bauunternehmer Zimmermann aus Trier. Bei der Wahl der Rechnungsprüfer wurde beschlossen, dass zukünftig ein ständiger Rechnungsprüfer vom Kölner Haus- und Grundbesitzerverein und ein weiterer Rechnungsprüfer jeweils von dem Verein des Ortes gestellt wird, in dem die Verbandstagung tagt. Für den nächsten Verbandstag wurde Mülheim an der Ruhr als Tagungsort bestimmt.

Es wurde auch eine 20-seitige Sonderausgabe der Hausbesitzer-Zeitung für die Rheinprovinz herausgegeben, die die Themen der Vorträge veröffentlichte.⁴

Dr. Hesberg hielt ein Referat über „Aufwertungs- und Realkreditfragen“ und Herr Dr. von Loevenich über den „Baulandgesetzentwurf“. Um 20 Uhr wurde zu einem Begrüßungsabend eingeladen. Die öffentliche Tagung des Verbandstages wurde einen Tag später durch den Vorsitzenden Hoemann eröffnet. Anschließend hielt der I. Syndikus der Industrie- und Handelskammer Bielefeld, Dr. Sartorius, den Vortrag „Der Kampf um die Erhaltung des Privateigentums“. Angekündigt war Dr. Franz Jörissen zum Thema „Die Lage des Hausbesitzes unter der bestehenden und schwebenden Gesetzgebung“. Allerdings war er infolge einer Krankheit verhindert, an der Verbandstagung teilzunehmen. An seiner Stelle sprach der Zentralverbandspräsident Josef Humar über „Schwebende Fragen der Gesetzgebung“.⁵



Josef Humar, Zentralverbandspräsident

links:
Sonderausgabe Hausbesitzer-Zeitung für die Rheinprovinz, Nr. 11 vom 1. Juni 1930

Zur Befreiung der Rheinlande

„Der Rhein ist frei! Freudig klingt diese Feststellung durch Deutschlands Gaue. Ganz Deutschland nimmt in diesen Tagen freudigen Anteil an der Befreiung rheinischen Bodens und der rheinischen Bevölkerung von der feindlichen Fremdherrschaft.“⁶

In der 13. Ausgabe vom 6. Juli 1930 widmete sich die Hausbesitzer-Zeitung für die Rheinprovinz auf der Titelseite der Befreiung der Rheinlande.⁶ „Der Rhein ist frei! Freudig klingt diese Feststellung durch Deutschlands Gaue. Ganz Deutschland nimmt in diesen Tagen freudigen Anteil an der Befreiung rheinischen Bodens und der rheinischen Bevölkerung von der (12-jährigen) feindlichen Fremdherrschaft“.

Der Rheinische Verband positioniert sich gegen den Nationalsozialismus

In der 17. Ausgabe der Hausbesitzer-Zeitung für die Rheinprovinz vom 31. August 1930 hat sich der Rheinische Verband in seinem Wahlaufuf eindeutig gegen die NSDAP gewandt. So hieß es dort: „Ein ernstes Mahnwort ist nun noch zu sagen zu den Bestrebungen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei. Die Parteibezeichnung sagt eigentlich genug, da die Angehörigen Wert darauf legen, sozialistisch zu sein. Wenn wir vorher gesagt haben, unser Kampf gilt in erster Linie dem Sozialismus, so ist es für uns gleichgültig, ob der Sozialismus von rechts oder links betrieben wird.“⁷ In Bezug auf die Verneinung der Freiheit des Eigentums, der Freiheit der Wirtschaft und der Freiheit der Person sei die NSDAP aufs engste verwandt mit den Sozialisten und Kommunisten gewesen.

Auf der Titelseite der Hausbesitzer-Zeitung für die Rheinprovinz, Nr. 18 vom 14. September 1930, führte der Rheinische Verband Folgendes aus: „Das Eigentum – das Symbol wirtschaftlicher und sittlicher Kraft im Mittelpunkt des Wahlkampfes ... Deshalb gilbt unser schärfster Kampf dem Sozialismus! Kampf den Sozialdemokraten! Kampf den Kommunisten! Kampf der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei (Nazi)! ... Unsere schlimmsten Gegner sind die Nationalsozialisten (Nazi)!“⁸

rechts:

Hausbesitzer-Zeitung für die Rheinprovinz,
Nr. 18 vom 14. September 1930

Unsere schlimmsten Gegner sind die Nationalsozialisten (Nazi)!

Sie verlangen in ihrem Programm eine
Bodenreform
radikalster Damaskischer Richtung mit
entschädigungsloser Enteignung!

Sie haben den traurigen Mut, in unwahrer und trügerischer Weise diese Programmpunkte abzuleugnen oder zu verschleiern. Durch ihre **Anträge, Reden und Abstimmungen** im Reichstag und den staatlichen und kommunalen Parlamenten haben sie bewiesen, daß sie sind:

für **Bodenreform im Sinne Damaskischer**
für **Beibehaltung der Zwangswirtschaft**
für **Beibehaltung der Hauszinssteuer**
für **Erhöhung der Realsteuern**
für **weiteren Ausbau der öffentlichen Betriebe und Bauwirtschaft**

Mit lebendigem Kampfgeist

müssen wir also entgegentreten dem Sozialismus von rechts und links

Wer die **unberechtigte abenteuerliche Sondergesetzgebung**: Zwangswirtschaft, Steuergesetze usw., nicht mehr will, der wähle am **14. September bürgerlich**.

Wie die bürgerlichen Parteien sich bisher zu unseren **wirtschaftlichen und seelischen Nöten** verhalten haben, ist seltsam bekannt. Die **Wahlversprechungen** der Reichspartei des deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei), der Deutschen Volkspartei, der Zentrumspartei, der Christlich-Nationalen Bauern- und Landvolkspartei, der Deutschen Bauernpartei, der Deutschen Staatspartei, der Deutsch-Nationalen Volkspartei **kennen wir aus ihren Antworten an den Zentralverband deutscher Haus- und Grundbesitzervereine**.

Welcher bürgerlichen Partei gehört nun am 14. September meine Stimme!

Das hat jedes unserer Mitglieder nach Vorstehendem selbst zu entscheiden. Erwähnt sei noch, bei welchen **Parteien**

Persönlichkeiten an sicherer Stelle aufgestellt sind,

die als **Führer unserer Organisation** oder als **besondere Verfechter unserer Interessen** im Reichstag bekannt sind:

Die Reichspartei des deutschen Mittelstandes stellt auf:

Herrn Reichsjustizminister Prof. D. Dr. Dr. Bredt, Berlin,
Herrn Dr. Franz Jörissen, Köln,
Herrn Postsekretär Lude, Chemnitz,
Herrn Dr. Rhode, Frankfurt a. M.,
Herrn Kaufmann Pallmann, Kaiserslautern,
Herrn Baugewerkmeister Colosser, Berlin

und **verschiedene andere Kandidaten**, die alle an **führender Stelle** in unserer Organisation tätig sind.

Das Zentrum stellt auf:

Herrn Baugewerkmeister Bielefeld, Reddinghausen,

Die Deutsche Volkspartei stellt auf:

Herrn A. Winnefeld, Bergarbeiter, Wattenscheid-Günntafeld,

**Gewissenspflicht ist unbedingt:
Jeder muß bürgerlich wählen!**



Einladung zur Verbandsausschuss-Sitzung und Geschäftsführerbesprechung in Köln, Hausbesitzer-Zeitung für die Rheinprovinz, Nr. 21 vom 2. November 1930

Verbandsausschuss-Sitzung und Geschäftsführerbesprechung am 2. November 1930 in Köln auf Erklärungssuche zum Erstarren der NSDAP

Für den 2. November 1930 lud der Rheinische Verband zu einer Verbandsausschuss-Sitzung und Geschäftsführerbesprechung in den Vortragsaal der Kölner Lesegesellschaft (Langgasse 6). Eingeladen waren der Gesamtvorstand, die Geschäftsführer der Ortsvereine, aber auch die Kommunalvertreter, die zugleich Haus & Grund-Mitglieder waren.⁹

Auf der Tagesordnung standen die Eröffnung durch den Vorsitzenden Hoemann, eine Übersicht über die geplante Behandlung der vom Rheinischen Verband gestellten Forderungen in den Parlamenten durch Herrn Dr. Jörissen, die Umschuldung der Aufwertungshypotheken sowie die Richtlinien für die Beratung der Mitglieder und das Zusammenwirken der Vereine, Verbände und wirtschaftlichen Einrichtungen durch Herrn Dr. Hesberg sowie die Kommunalsteuern gemäß Notverordnung des Reichspräsidenten (Bier-, Bürger- und Getränkesteuer) durch Herrn Dr. Loevenich.

Der Vorsitzende Hoemann gedachte bei der Begrüßung zunächst der Bergwerkskatastrophe von Alsdorf und Manbach und teilte mit, dass der Verbandsvorstand beschlossen habe, eine Spende zur Linderung der Not der Hinterbliebenen zu zahlen.

Georg Hoemann ging auf die erstarkte NSDAP ein und sagte: „Die Stellung, die der Hausbesitz in der Frage der Reichstagswahlen eingenommen hat, darf wohl auch heute noch als die richtige bezeichnet werden. Die Tatsache, dass die Nationalsozialisten einen Erfolg gehabt haben, die ihre eigenen kühnsten Erwartungen übertroffen hat, darf uns nicht abhalten, die Sache doch kritisch zu betrachten. Ich glaube sagen zu dürfen, nicht alle, die nationalsozialistisch gewählt habe, sind Nationalsozialisten. Es ist wohl anzunehmen, dass ihr Erfolg in der Hauptsache darauf zurückzuführen ist, dass allgemein eine Unzufriedenheit bestand.“¹⁰

Verbandstag am 5. Juli 1931 in Krefeld im Zeichen der Krise des städtischen Hausbesitzes

Zum 16. Verbandstag am 5. Juli 1931 sind aus allen Teilen der Rheinprovinz Delegierte nach Krefeld gekommen.¹¹ Die Tagung wurde durch eine öffentliche Versammlung in der Stadthalle eingeleitet.

Der Verbandsvorsitzende, Herr Architekt Hoemann, konnte zahlreiche Vertreter der Reichs- und Landesbehörden sowie der Stadt Krefeld und deren Nachbargemeinden begrüßen. Er gedachte zunächst des verstorbenen Vorstandsmitgliedes, des Herrn Rektor Weiss aus Krefeld. In seiner Begrüßungsansprache sagte er, dass das abgelaufene Jahr, welches im

Zeichen der sich stets verschärfenden Wirtschaftskrise stand, auch für den Haus- und Grundbesitz eine Vermehrung der Schwierigkeiten, mit denen er ohnehin seit Jahren zu kämpfen hätte, gebracht habe. Deren Behebung und die Fülle der Gesetzgebung, insbesondere verschiedene Notverordnungen, hatten der Organisation mehr Aufgaben denn je gestellt. Nach wie vor galt der Kampf der Beseitigung der „ungerechten und brutalen Besteuerung des Haus- und Grundbesitzes“.

Im weiteren Verlauf der Tagung sprach der Direktor der Westdeutschen Bodenkreditanstalt, Herr Dr. Weidemann aus Köln, über „Die Krise des städtischen Hausbesitzes“. Nach seiner Meinung konnte die Wirtschaft nicht gedeihen, wenn der städti-

sche Hausbesitz krank sei. Deshalb sei es zu beklagen gewesen, dass der Not des Hausbesitzes noch nicht die gebührende allgemeine Aufmerksamkeit gewidmet worden sei. Der Althausbesitz drohte unter der Last von Steuern und dem Druck der schlechten Wirtschaftslage zu erliegen. „Die Überführung der Steuererträge in den öffentlichen Wohnungsbau ist eine schwere Fehlleistung von Kapital; die Auspumpung des Altbesitzes eine Kapitalzerstörung, wohl die größte, welche die moderne Wirtschaftsgeschichte kenne“, sagte Dr. Weidemann. Nach den mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen hielt Dr. Jörissen seinen Vortrag über „Wege zur Belebung der Gesamtwirtschaft durch Maßnahmen auf dem Gebiete der Wohnwirtschaft“.

Nachmittags fand die geschlossene Tagung des Verbandstages statt, in der zunächst satzungsmäßige Regularien vorgenommen wurden. Der Schatzmeister, Herr Dierdorf aus Köln, legte die Jahresrechnung für 1930 vor, die auf Grund des Berichts der Rechnungsprüfer angenommen wurde. Einstimmige Entlastung ist erfolgt. Für die satzungsmäßig ausscheidenden Vorstandsmitglieder wurden folgende Herren wieder- bzw. neugewählt: Herr Dr. Jörissen aus Köln, Herr Dierdorf aus Köln, Herr Westerfrölke aus Düsseldorf und Herr Studienrat Zopp aus Gladbach-Rheydt. Da Wuppertal bisher zwei Vorstandsmitglieder hatte, bestimmte der Vorstand, dass jeweils Barmen und Elberfeld diesen Vorstandsposten besetzen sollten, je nachdem, welcher der beiden Vereine den Vorsitz in der Wuppertaler Arbeitsgemeinschaft der Haus- und Grundbesitzervereine hatte. Die vom Vorstand vorgenommene Kooptation des Herrn Schuster aus Krefeld, anstelle des verstorbenen Herrn Konrektor Weiß wurde ebenfalls vom Verbandstag genehmigt.

Zum Abschluss nahm der Verbandstag noch zwei Vorträge entgegen. Herr Dr. v. Loevenich aus Köln berichtete über „Enteignungen auf dem Gebiete des Städtebaus“ nach der Notverordnung vom 5. Juni 1931. Über die Notlage des Hausbesitzes referierte Herr Dr. Hesberg aus Köln.

Die Krefelder Verbandstagung des rheinischen Hausbesitzes hatte der Öffentlichkeit erneut gezeigt, wie groß die Notlage des Hausbesitzes war und welche Wege nicht nur im Interesses des Hausbesitzes, sondern der Gesamtwirtschaft eingeschlagen werden mussten, um aus der Krise herauszukommen.



Gedenken an die Bergwerkskatastrophe von Alsdorf und Manbach Hausbesitzer-Zeitung für die Rheinprovinz, Nr. 21 vom 2. November 1930

5. Der rheinische Haus- und Grundbesitz nimmt zur Notverordnung Stellung

In der 42. Ausgabe der Kölner Haus- und Grundbesitzer-Zeitung vom 17. Oktober 1931 wurde berichtet, dass der Vorstand des Verbandes Rheinischer Haus- und Grundbesitzervereine am 11. Oktober 1931 in Bonn zusammentrat.

Gleichzeitig fand eine außerordentlich stark besuchte öffentliche Tagung der Arbeitsgemeinschaft der Haus- und Grundbesitzervereine von Bonn und Umgebung statt, in der eine Entschließung einstimmig angenommen wurde. Die dritte Verordnung des Reichspräsidenten vom 6. Oktober 1931 hat umso größere Empörung und Enttäuschung hervorgerufen, als auf Grund persönlicher Beratungen führende Männer der Organisation und einiger Spitzenorganisationen der gesamten deutschen Wirtschaft eine generelle und endgültige Teilregelung des Hauszinssteuerproblems und die Beseitigung der Zwangswirtschaft erwarten durften. Sollte die Regierung zu einer „Endlösung der Hauszinssteuerfrage nicht unverzüglich bindende Erklärungen auf kürzesten Termin abgeben“, kündigte der Rheinische Verband an, dass in „schärfster Opposition die auf Recht und Moral gestützten Forderungen mit allen brauchbaren und erlaubten Mittel erkämpft werden. Kampflos lassen wir uns nicht um Haus und Hof bringen“.¹²



Dr. Carl Hesberg (1959) übernimmt nach dem Tod von Dr. Franz Jörissen die Geschäftsführung

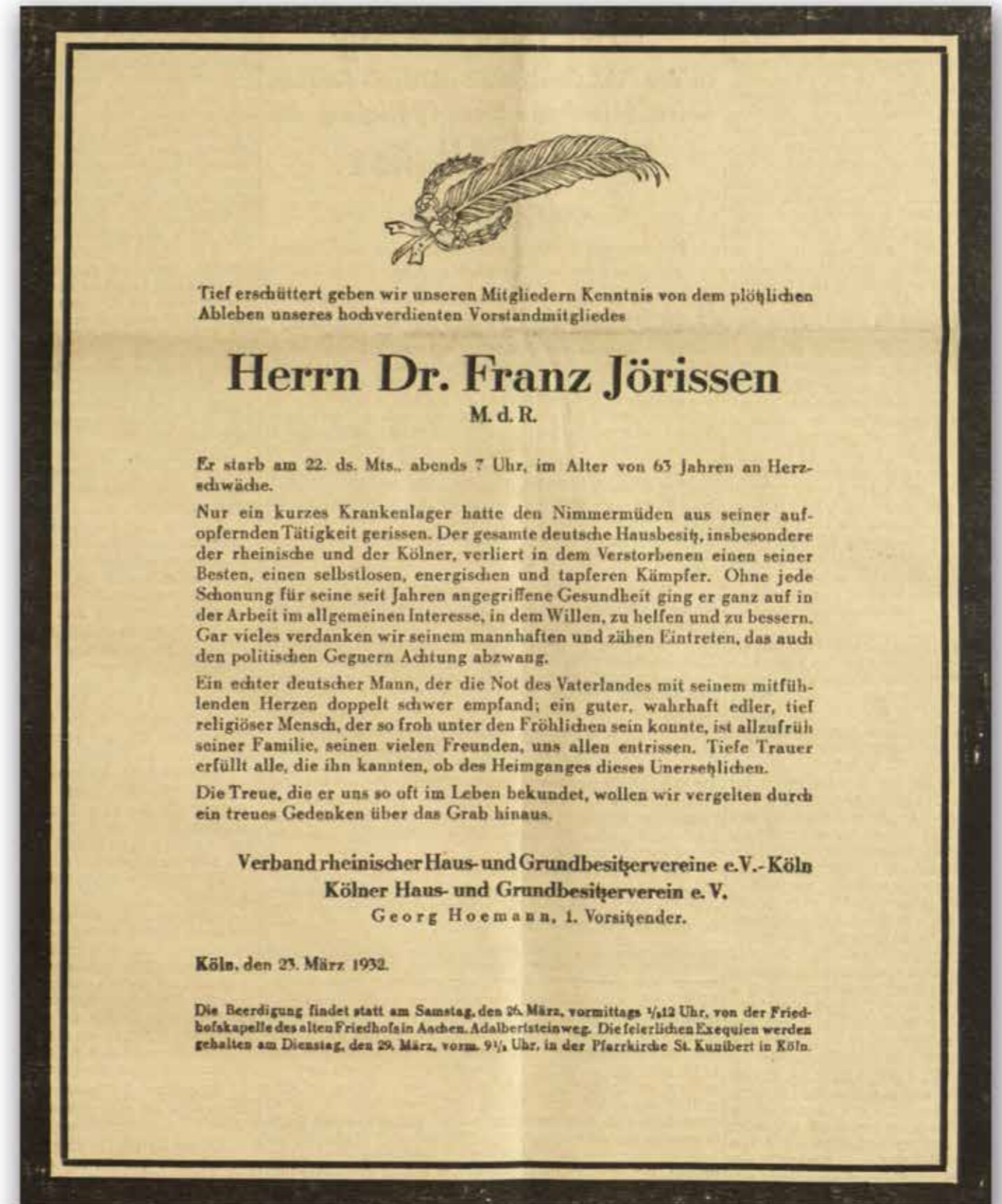
6. Tod von Dr. Franz Jörissen am 22. März 1932 und Übernahme der Verbandsgeschäftsführung durch Dr. Carl Hesberg am 1. April 1932

Am 22. März 1932 verstarb der Verbandsgeschäftsführer, Dr. Franz Jörissen, im Alter von 63 Jahren an Herzversagen.¹³ Er war schon seit zwei Jahren gesundheitlich angeschlagen. Dennoch hat er noch in den letzten Wochen im Wohnungsausschuss des Reichstages, dem er als Abgeordneter angehörte, die bodenreformerischen Bestrebungen des Reichsstädtebaugesetzentwurfes bekämpft und sich nach vorübergehendem Krankenlager in Köln wieder nach Berlin begeben, um abermals im Ausschuss in Wahrnehmung der Interessen des Hausbesitzes dafür zu wirken, dass die in den Wohnungszwangsgesetzen erzielten Lockerungen nicht etwa durch die Annahme sozialistischer Anträge wieder beseitigt würden.¹⁴

Der Erfolg blieb ihm nicht versagt. Aber nach Köln zurückgekehrt, befiel ihn eine Herzschwäche, von der sich nicht wieder erholen sollte. Dr. Carl Hesberg übernahm daraufhin am 1. April 1932 im Alter von 34 Jahren die Geschäftsführung des Rheinischen Verbandes.¹⁵

rechts:

Todesanzeige von Dr. Franz Jörissen, Kölner Haus- und Grundbesitzer-Zeitung, Nr. 13 vom 26. März 1932



Verbandstag am 28. und 29. Mai 1932 in Boppard zu den gesetzgeberischen Auswirkungen infolge der Wirtschaftskrise



Blick von der Ilseburg auf Boppard, 1932

Den Beginn des 17. Verbandstages in Boppard machte am Samstag, 28. Mai 1932, um 11 Uhr im Hotel Bellevue eine Vorstandssitzung. Um 16 Uhr folgte die geschlossene Mitgliederversammlung in der „Alten Burg“.

Bei der Begrüßung durch den Verbandsvorsitzenden gedachte Herr Hoemann zunächst des verstorbenen geschäftsführenden Vorstandsmitgliedes Dr. Franz Jörissen und seiner großen Verdienste um die Organisation des rheinischen wie des gesamten deutschen Hausbesitzes. In dem Rückblick auf das abgeschlossene Verbandsjahr kam zum Ausdruck, dass infolge der Wirt-

schaftskrise und beispielloser Gesetzgebungstätigkeit eine außerordentliche Steigerung der Verbandstätigkeit und auch der Tätigkeit der Vereine die Folge gewesen waren.¹⁶ Den ausführlichen Jahresbericht trug der neue Verbandsgeschäftsführer, Dr. Carl Hesberg, vor.

Neben den üblichen Regularien, u. a. die Vorlage der Jahresrechnung für 1931 durch den Schatzmeister Dierdorf, stand ein Vortrag von Herrn Dr. Loevenich aus Köln zum Thema „**Kommunale Beiträge, Tarife und Gebühren**“ auf der Tagesordnung.

Auf der Hauptversammlung am 28. Mai 1932 in Boppard wurde Herr Architekt Georg Hoemann einstimmig zum Vorsitzenden wieder gewählt. Desgleichen erfolgte die Wiederwahl der übrigen vier turnusgemäß ausgeschiedenen Herren Dipl. Ing. Decker aus Aachen, Architekt Rheinstädter aus Kreuznach, Schornsteinfegerobermeister Stein aus Koblenz und Bauunternehmer Schuster aus Krefeld. Anstelle von Herrn Dr. Jörissen wurde Herr Buchdruckereibesitzer H. Conrad aus Boppard in den Vorstand gewählt.¹⁷

Am 29. Mai begann um 10.30 Uhr die öffentliche Tagung im Kolpinghaus. Auf der Tagesordnung standen der Vortrag des Universitätsprofessors Dr. Heinrich Lehmann aus Köln zum Thema „**Soziales Mietrecht**“ sowie ein Vortrag von Herrn Dr. Hesberg zum Thema „**Der Haus- und Grundbesitz in der Wirtschaftskrise**“. Der Vortrag beschäftigte sich mit den Auswirkungen der Notverordnungsgesetzgebung unter besonderer Berücksichtigung der Endregelung der Hauszinssteuer.¹⁸

Einladung zur Kundgebung,
Kölner Haus- und Grundbesitzer-Zeitung,
Nr. 2 vom 22. Januar 1933

Nummer 2 / 15. Jahrgang **Kölner** Köln, den 22. Januar 1933

Haus- und Grundbesitzer-Zeitung

Zeitschrift des Kölner Haus- und Grundbesitzer-Vereins e. V.
für alle Fragen des Haus- und Grundbesitzes sowie des Wohnungswesens in Reich, Staat und Gemeinde
Erscheint monatlich 2 mal am Sonntag nach dem 1. bzw. 15. des Kalendermonats

Aus dem Inhalt: Ordentliche Generalversammlung vom 9. Januar 1933. — Einheitsbewertung und Steuervereinfachung. — Kommunen als Totengräber des Hausbesitzes. — Realsteuern in der Zwangsversteigerung. — Der zweite 50-Millionen-Fonds. — Deutsche Staatsbürger höherer Ordnung. — Wohnungsbau 1932. — Neuhäusbesitzerfragen. — 50 Jahre Ehrenfelder Haus- und Grundbesitzer-Verein. — Steuerfragen. — Fragen und Antworten. — Anzeigen.

Kundgebung

des Verbandes rheinischer Haus- und Grundbesitzervereine e. V. in Köln am Sonntag, dem 22. Januar 1933, vormittags 10^{1/2} Uhr in Köln im Capitol, Hohenzollernring 93

Tagesordnung:

Der Kampf um die Individualwirtschaft

Vortrag des Herrn Oberbürgermeisters a. D. Prof. Dr. Wolf, Duisburg, 1. Syndikus der niederth. Industrie- und Handelskammer.

Gesunder Hausbesitz - Gesunde Wirtschaft

Vortrag des Herrn Stadtrat Jos. Humer MdRW., München, Präsident des Zentralverbandes Deutscher Haus- und Grundbesitzervereine e. V.

Diese Kundgebung richtet sich in erster Linie gegen die Hauszinssteuer und die steuerliche Überlastung des Haus- und Grundbesitzes und gegen weitere zwangswirtschaftliche Fesseln in der Wohnwirtschaft. Sie soll werben für steuerliche Gerechtigkeit und für freie Wirtschaft im Wohnungswesen und unserer Ansicht Ausdruck geben, daß nicht durch Subventionen, sondern durch weitestgehende Steuerentlastung Arbeit seitens der Träger der Wohnwirtschaft geschaffen werden kann.

In Anbetracht der Wichtigkeit dieser Kundgebung bitten wir um zahlreiche Beteiligung unserer Mitglieder.

Kölner Haus- und Grundbesitzer-Verein e. V. Verband rheinischer Haus- und Grundbesitzervereine e. V.



Kundgebung im Kampf um die Individualwirtschaft am 22. Januar 1933 als Zeichen gegen die nationalsozialistische Ideologie



Appell an den Reichspräsidenten, Kölner Haus- und Grundbesitzer-Zeitung, Nr. 3 vom 5. Februar 1933

Der Rheinische Verband hat noch für den 22. Januar 1933, um 10.15 Uhr, ins Capitol (Hohenzollernring 93) nach Köln zu einer Kundgebung eingeladen, um seine Entschlossenheit gegen den Nationalsozialismus deutlich zu machen. Auf der Tagesordnung stand ein Vortrag des Herrn Oberbürgermeisters a. D., Prof. Dr. Most, aus Duisburg und Syndikus der niederrheinischen Industrie- und Handelskammer zu dem Thema **„Der Kampf um die Individualwirtschaft“**.

Der Präsident des Zentralverbandes, Stadtrat Josef Humar, hielt den Vortrag **„Gesunder Hausbesitz – Gesunde Wirtschaft“**.¹⁹ Diese Kundgebung richtete sich in erster Linie gegen die Hauszinssteuer und die steuerliche Überlastung des Haus- und Grundbesitzes und gegen weitere zwangswirtschaftliche Fesseln in der Wohnwirtschaft. Die Kundgebung war für steuerliche Gerechtigkeit und für die freie Wirtschaft im Wohnungswesen. Es wurde die Ansicht vertreten, dass nicht durch Subventionen, sondern durch weitestgehende Steuerentlastung Arbeit seitens der Träger der Wohnwirtschaft geschaffen werden konnte. An der Kundgebung nahmen nicht nur die angeschlossenen Vereine des Rheinischen Verbandes teil, sondern auch Vereine der Nachbarverbände Industriegebiet, Westfalen, Saargebiet und Hessen.

Auf dieser Kundgebung hat der Rheinische Verband einstimmig die Entschliebung an die Reichsregierung beschlossen, dass der Haus- und Grundbesitz dringend verlangt, dass die Reichsregierung entschieden von allen staatssozialistischen Wirtschaftsplänen abrückt und ihre künftige Gesetzgebung auf der Grundlage der Privatwirtschaft durchführt.²⁰



Das frühere Logo des Rheinischen Verbandes



Anmerkungen

- ¹ Hausbesitzer-Zeitung für die Rheinprovinz Nr. 9 vom 4. Mai 1930
- ² Hausbesitzer-Zeitung für die Rheinprovinz Nr. 12 vom 15. Juni 1930
- ³ Hausbesitzer-Zeitung für die Rheinprovinz Nr. 12 vom 15. Juni 1930
- ⁴ Hausbesitzer-Zeitung für die Rheinprovinz Nr. 11 vom 1. Juni 1930
- ⁵ Hausbesitzer-Zeitung für die Rheinprovinz Nr. 12 vom 15. Juni 1930
- ⁶ Hausbesitzer-Zeitung für die Rheinprovinz Nr. 13 vom 6. Juli 1930
- ⁷ Hausbesitzer-Zeitung für die Rheinprovinz Nr. 16 vom 17. August 1930
- ⁸ Hausbesitzer-Zeitung für die Rheinprovinz Nr. 18 vom 14. September 1930
- ⁹ Hausbesitzer-Zeitung für die Rheinprovinz Nr. 21 vom 2. November 1930
- ¹⁰ Hausbesitzer-Zeitung für die Rheinprovinz Nr. 22 vom 16. November 1930
- ¹¹ Kölner Haus- und Grundbesitzer-Zeitung Nr. 28 vom 11. Juli 1931
- ¹² Kölner Haus- und Grundbesitzer-Zeitung Nr. 42 vom 17. Oktober 1931
- ¹³ Kölner Haus- und Grundbesitzer-Zeitung Nr. 13 vom 26. März 1932
- ¹⁴ Kölner Haus- und Grundbesitzer-Zeitung Nr. 14 vom 2. April 1932
- ¹⁵ Haus und Grund Nr. 1 vom Januar 1932
- ¹⁶ Kölner Haus- und Grundbesitzer-Zeitung Nr. 23 vom 4. Juni 1932
- ¹⁷ Auszug aus dem Protokoll der ordentlichen Hauptversammlung in Boppard am 29. Mai 1932
- ¹⁸ Kölner Haus- und Grundbesitzer-Zeitung Nr. 23 vom 4. Juni 1932
- ¹⁹ Kölner Haus- und Grundbesitzer-Zeitung Nr. 2 vom 22. Januar 1933
- ²⁰ Kölner Haus- und Grundbesitzer-Zeitung Nr. 3 vom 5. Februar 1933